

Antrag der Bezirksverband DIE LINKE. Neukölln an den 7. Landespartei der Partei DIE LINKE. Berlin (1. Tagung am 15./16.12.2018)

Sofortiger Ausstieg aus dem Braunkohleabbau und der Braunkohleverstromung. Vollständiger Ausstieg aus der Kohleverstromung in wenigen Jahren. Aktive Teilnahme und Mobilisierung zukünftiger Klimademos und Aktionen durch DIE LINKE.Berlin

DIE LINKE. Berlin begrüßt, dass der erstarkte Widerstand gegen Braunkohle mit Massenmobilisierungen am Hambacher Wald den Druck auf Wirtschaft und Politik soweit erhöht hat, dass ein schneller Ausstieg aus der Kohle in greifbarer Nähe gerückt ist.

Zum Erfolg dieser Proteste trugen sowohl LINKE Strukturen bundesweit, vor allem jedoch die Strukturen in NRW bei. DIE LINKE. Berlin übernimmt in diesem Sinne Verantwortung, künftig stattfindende Demonstrationen/Aktionen in Berlin und Umgebung durch eine starke Mobilisierung und aktive Teilnahme zum Erfolg zu verhelfen.

Ebenso setzt sich DIE LINKE.Berlin dafür ein, dass die Forderungen der Bundespartei an die aktuellen Entwicklungen und Forderungen der Klimabewegung nach einem schnelleren Kohleausstieg angepasst werden.

DIE LINKE fordert den sofortigen Beginn der Beendigung des Braunkohleabbaus und der Braunkohleverstromung sowie die Schaffung von sinnvollen Ersatzarbeitsplätzen. Bis zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen wird allen Beschäftigten der volle Lohn weiter ausgezahlt. Ausstieg und Ersatzarbeitsplätze werden von den Profiten von RWE, Vattenfall und den anderen Energiekonzernen finanziert.

Auch Steinkohlekraftwerke sind klimaschädlich und müssen innerhalb von wenigen Jahren durch regenerative Energien ersetzt werden.

Begründung:

1. Position der Linken ist bisher der schrittweise Kohleausstieg. „Spätestens 2035 muss der letzte Kohlemeiler vom Netz gehen“. Angesichts des Klimawandels, der extrem klimaschädlichen Wirkung der Braunkohleverbrennung, der weiter drohenden Zerstörung des Hambacher Forstes und Landschaften und Natur in NRW und Ostdeutschland, ist diese Position nicht mehr aufrechtzuerhalten. Hinzu kommt, dass die Demonstration am 6.10.2018 und die Aktionen von Ende Gelände Ende Oktober sowie die geplanten Großdemonstrationen am 1.12.2018 in Köln und in Berlin die Chance bieten, den öffentlichen Druck für den Kohleausstieg aufzubauen. DIE LINKE muss diesen öffentlichen Druck erhöhen, indem sie aktiver Teil der Proteste ist und gleichzeitig die Forderung von „Ende Gelände“ nach einem sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle unterstützt.

2. Es gibt genug Strom um auf die Verstromung von Braunkohle zu verzichten. Deutschland exportiert sogar Strom. Das Argument, Strom aus Wind und Sonne sei unzuverlässig greift nicht. Die Technologien, um Strom zu speichern, sind vorhanden. Sie werden aber von den Energiekonzernen und der Bundesregierung mit allen Mitteln blockiert. Sie wollen aus reinem Profitinteresse ihre Politik der Großkraftwerke und mindestens 40 Milliarden teuren Stromautobahnen gnadenlos durchsetzen. Dafür nehmen Sie bewusst in Kauf, dass das Klima weiter zerstört und damit die Lebensgrundlage der gesamten Menschheit bedroht wird.